

-
- Persistenter Identifier:** 1571051867188_1975
- Titel:** ARCH+ : Studienhefte für Planungspraxis und Planungstheorie (ab H. 28: ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen)
- Ort:** Stuttgart
- Datierung:** 1975
- Signatur:** verschiedene Signaturen
- Strukturtyp:** volume
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1975/1/
- Abschnitt:** Faksimile Kölner Volksblatt Oktober 1975: Wohnen im Stollwerck
- Strukturtyp:** article
- Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)
- PURL:** https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1975/281/LOG_0034/

Wohnen im Stollwerck

Neue Pläne für das Severinsviertel: Stollwerck wird umgebaut

In aller Eile und Heimlichkeit (damit nur ja keiner spekulieren kann), hat die Verwaltung der Stadt Köln im letzten Jahr die vorbereitenden Untersuchungen nach Städtebauförderungsgesetz für das Stollwerck-Gelände durchgeführt. Die Bewohner der Annostraße wurden befragt, (die Stollwerck-Arbeiter hat man dabei "vergessen") ein Bericht wurde geschrieben, vom Regierungspräsidenten genehmigt und damit das Stollwerck-Gelände zum Sanierungsgebiet erklärt.

Ziel dieses ungewohnten Eifers der Verwaltung war, mit der Erklärung zum Sanierungsgebiet der Stadt ein Vorkaufsrecht zur sichern und Städtebauförderungsmittel also Geld vom Bund beantragen zu können. Diese Mittel sind vorgesehen, um finanzielle Hilfe bei der Umlegung von Betrieben zu gewähren oder Grundstücke zu kaufen, die für die Sanierung notwendig sind.

Imhoff saht ab

Für die Umlegung des Stollwerck-Betriebs nach Porz (Volksblatt berichtete im Dezember) hat Mehrheitsaktionär Imhoff dem Oberstadtdirektor und Stollwerck-Kleinaktionär Mohlen 10 Millionen Mark Förderungsmittel abgehandelt. Als Gegenleistung sollte Imhoff der Stadt das Grundstück verkaufen. Doch kurz bevor das Stollwerck-Gelände - die Stadt hätte dann das Verkaufsrecht gehabt - zum Sanierungsgebiet am 3. Oktober 1974 erklärt wurde, verkaufte Imhoff, die 10 Millionen Umlegungsmittel bereits in der Tasche, das Grundstück für knapp 49 Millionen an das Immobilienunternehmen Dr. Rüger. Rüger bietet 9 Millionen mehr als die Stadt für das Gelände zahlen wollte. Stollwerck-Aktionäre - unter ihnen Oberstadtdirektor Mohlen - freuen sich: Die Täuschung der Stadt und der rasche Griff in die Stadtkasse sind bares Geld (als Dividende).

Rüger steigt ein

Aber was der trickreiche Stollwerck-Boß Imhoff kann, wenn es um den Profit geht, das kann Detlev Renatus Rüger schon lange. Kaum hat er das Grundstück, schließt er mit einer gewissen Auto-Union in Saarbrücken, die über Schweizer Banken wieder mit Rüger verbunden ist, einen langfristigen Mietvertrag ab. Die Auto-Union soll fast eine 1/2 Million monatlich für die Gebäude zahlen, so behauptet Rüger. Wollte die Stadt das durch den Verkauf an Rüger bereits 9 Millionen teurer gewordene Grundstück nun kaufen, müßte sie noch einmal ein paar Millionen an Entschädigungsgeldern für die Ablösung des Mietvertrages draufzahlen.

Aber Rüger hat das Grundstück nicht gekauft, um es für ein paar lumpige Entschädigungsmillionen wieder an die Stadt zu verkaufen.

Rüger will das Grundstück selbst bebauen, weil er dadurch weit mehr Profit herausholen kann. So ist Rüger bereits bei Oberstadtdirektor Mohlen vorstellig geworden, um sich als "Sanierungsträger" anzubieten.

Sollten die Verhandlungen mit Rüger über die Bebauung des Stollwerck-Geländes ebenso hinter verschlossenen Türen geführt werden, wie seinerzeit mit Imhoff, so wird es allein der Verhandlungsführung des Oberstadtdirektors zu verdanken sein, wenn auch Rüger zu seinem Profit kommt und die Stadt mal wieder in die Röhre guckt.

Severinsviertel für die Reichen ...

Der Traum von "Sozialwohnungen, nicht störenden Kleinbetrieben, Kindergärten, Schulerweiterung" (so zu lesen in einem Flugblatt der SPD Köln-Süd gegen die "Panikmacher") auf dem Stollwerck-Gelände ist dann endgültig ausgeträumt. Billiger Ersatzwohnraum für diejenigen,



In San Francisco wurde eine Konservenfabrik in ein Zentrum mit Straßen, Arkaden, Geschäften und Restaurants umgebaut.

die aus ihren Altbauwohnungen ausziehen müssen, aber im angestammten Viertel bleiben wollen, wird es im Dr. Rüger-Wohn-Park nicht geben. Die Luxus-Apartmenthäuser mit "repräsentativer Eingangshalle mit Clubgarnituren, mit Schwimmbad, Sauna, Solarium und Party-Raum im 31. Geschoß" mit Blick auf den Yachthafen werden zahlungskräftigen Eigentümern und Mietern vorbehalten bleiben, die sich in ihren Einfamilienbungalows im Grünen langweilen und es chic finden, sich im Severinsviertel eine Zweitwohnung zu leisten.

... die Bewohner können die Koffer packen ...

Aber nicht genug damit. Die hohen Mieten im Rüger-Wohn-Park werden ihren Einfluß auf die sogenannte Vergleichsmiete im Viertel haben: Andere Hausbesitzer bekommen so die Möglichkeit, ganz legal ihre Mieten anzuhäufen. Die alten Mieter werden auf die Dauer ausziehen müssen, um finanzstärkeren Mietern Platz zu machen. Ebenso wird der Mietpreis für Gewerbe- und Geschäftsräume ansteigen. Kleine Betriebe, die wenig Platz haben, in Hinterhöfen oder in mehreren Stockwerken übereinander arbeiten müssen, können Mieterhöhungen nicht auffangen. Die Wünsche der neuen Bewohner beeinflussen das Warenangebot: Tante-Emma-Läden werden diese Kunden kaum zufriedenstellen können. Boutiquen, Delikatengeschäfte, teure Restaurants

und was der Mensch mit viel Geld und Zeit sonst noch braucht, werden die alteingesessenen Händler und Wirte vertreiben. Mit anderen Worten: mit der Vertreibung der Leute, die das Leben im Viertel ausmachen, wird das Severinsviertel sterben.

... es gibt zwar Gesetze ...

Bevor aber nun den wackeren Volksvertretern vor Verzweiflung das Wasser in die Augen schießt und sie anfangen den bösen "Sachzwängen" die Schuld in die Schuhe zu schieben, sollten sie wenigstens die, wenn auch geringen, Möglichkeiten des Städtebauförderungsgesetzes ausschöpfen. Nach diesem, für das Stollwerck-Gelände geltenden Gesetz muß die Stadt jetzt für dieses Gebiet einen Bebauungsplan aufstellen (§ 10). In dem Bebauungsplan, der vom Rat beschlossen wird, kann sie verbindlich festlegen, wie das Gelände genutzt wird, z.B. für: "Sozialwohnungen, nichtstörendes Kleingewerbe, Kindergärten, Schulerweiterung". Sie kann bestimmen, daß die brauchbaren Gebäude nicht abgebrochen werden, sondern für die Schaffung kostengünstiger Wohnungen, soziale Einrichtungen und Gewerbeflächen erhalten werden.

Mit Hilfe des "Baugebots", (§ 20 Städtebauförderungsgesetzes) kann die Gemeinde verlangen, daß der Eigentümer "ein vorhandenes Gebäude oder eine sonstige bauliche Anlage den Festsetzungen des Bebauungsplanes anpaßt". Kommt Rüger als Eigentümer des Grundstücks diesem Baugebot nicht nach, weil eine solche an den Bedürfnissen der Bewohner orientierte Nutzung ihm zu wenig Profit bringt, dann muß er das Grundstück an denjenigen verkaufen, der den Bebauungsplan durchführen will oder die Stadt muß ihn nach § 20,3 enteignen, um den Bebauungsplan durchzusetzen.

... aber auf die Volksvertreter ist kein Verlaß

Leider beweist die bisherige Praxis der Sanierung, daß die Bedürfnisse der Bewohner überhaupt niemanden interessieren, wichtig scheint lediglich, wieviel Profit die Kölner Klüngel-Prominenz aus der Sanierung des Stollwerck-Geländes heraus schlagen kann. Das bedeutet, daß die Bewohner des Severinsviertels und die an einer dem Viertel gerechten Nutzung des Stollwerck-Geländes interessierten Gruppen die Sache selbst in die Hand nehmen müssen.

Als Anstoß zur Bildung einer solchen Initiative hat die Kölner Architektengruppe dt 8 ein Schaubild von einer Nutzung des Stollwerck-Komplexes gezeichnet, die sich an den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Bewohner orientieren soll. Ausgangspunkt der Überlegung ist, die zum großen Teil intakten Gebäude nicht abzureißen, sondern durch entsprechenden Ausbau neu nutzbar zu machen. Der Abbruch solcher Gebäude, vor allem wenn sie gewerblich genutzt würden, war für Verwaltung und Planer bisher die einzig denkbare Lösung, um neues Bauland zu schaffen. Doch bei dem einen oder anderen

STOLLWERCK IN ZAHLEN

- 70 % der Gebäude wurden zwischen 1950 und 1960 gebaut.
- etwa 400 Wohnungen mit durchschnittlich 100 qm kann man in + auf den Gebäuden schaffen.
- für Gewerbe und öffentliche Einrichtungen blieben 23 000 qm.
- für Freiflächen auf Hofen + Gebäuden standen 30 000 qm bereit.
- in einer Tiefgarage an der Bayenstr. können etwa 800 Pkw. untergebracht werden.

fällt der Groschen, wenn er sieht wie die Baukosten in die Höhe gehen und wie Neubauwohnungen nicht mehr vermietet werden können, weil sie zu teuer sind. Der Gedanke, daß Fabriken, Speicher oder auch Kirchen eine neue Bestimmung erhalten können, ist nicht neu. In San Francisco wurde eine alte Konservenfabrik in ein Zentrum mit Kneipen, Straßen, Treppen, Arkaden und Balkonen umgebaut. In Kopenhagen werden alte Speicher zu Hotels umgebaut. Ebenso könnten die Stollwerck-Gebäude zum Wohnen, arbeiten und leben neu genutzt werden. Immerhin sind diese Gebäude zum großen Teil Neubauten. Der Abbruch von Stollwerck (Kosten zwischen 1,5 und 2 Millionen) und Neubau auf diesem Gelände würden zu Mieten führen, die für die jetzigen Bewohner des Viertels untragbar wären.

Würde man die vorhandene Bausubstanz dagegen ausbauen, könnte man gemeinsam mit den zukünftigen Mietern Wohnungen planen, die ihren Wünschen und Geldbeuteln angepaßt sind - und nicht den Geldsäcken der Profitmacher.



In Kopenhagen wurde ein Lagerhaus am Hafen in ein Hotel umgebaut.

Billige Wohnungen durch Selbsthilfe

Um die Mietkosten niedrig zu halten, wäre denkbar, daß die Wohnungen nur bis zu einem gewissen Grad ausgebaut würden (Trennwände, Fenster, Installationsanschlüsse). Die Mieter - im Viertel wohnen sehr viele Arbeiter und Handwerker können Restausbau je nach Anspruch und Möglichkeiten selbst durchführen. Die eingebrachte Arbeitsleistung wird von der Miete abgezogen; beim Auszug könnten Einrichtungen, die man selbst installiert hat, abgeboten werden. Wenn man das Ganze genossen-

schaftlich organisiert, ist es gewährleistet, die Mietpreisentwicklung und die Nutzung selbst zu kontrollieren.

Arbeit für kleine Betriebe

Die Durchführung eines solchen abgestuften Ausbauprozesses, der die Bedürfnisse und finanziellen Möglichkeiten der Mieter berücksichtigt, ist für Großunternehmen unrentabel. Für die Handwerksbetriebe im Viertel dagegen würde ausreichend Arbeit geschaffen. Sie müßten sich zu Ausbaukolonnen zusammenschließen, um so einen rationalen, zeitlich gut abgestimmten und damit preisgünstigen Ausbau durchzuführen.

Mieter planen selbst

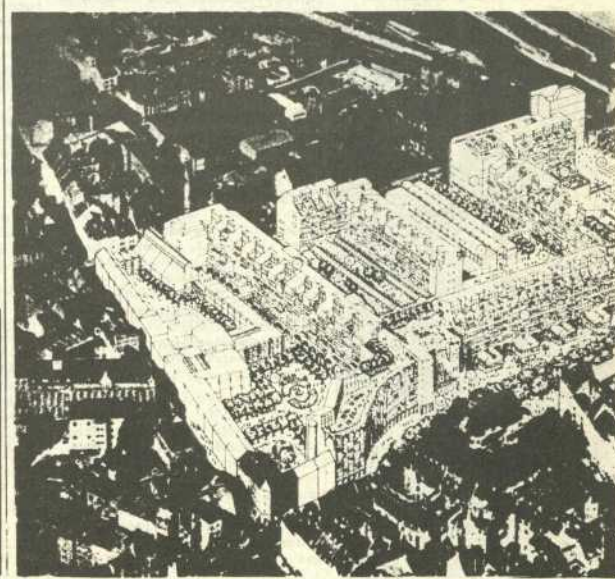
Bedürfnisgerechte Wohnungen kann man nur schaffen, wenn die Mieter selbst entscheiden, wie ihre Wohnungen aussehen sollen. Für die Beteiligung der Mieter an der Planung bietet der Stollwerck-Komplex ideale Voraussetzungen. Die Hülle ist bereits vorhanden und daher kann sich der Einzelne eine Fülle von leichter vorstellbaren Wohnungsmöglichkeiten aussuchen und ausprobieren, indem sie modellhaft in kleinen Maßstab in einem der Gebäude aufgebaut und verändert werden. Die zukünftigen Mieter würden auch über die Erschließung, die Gemeinschaftsflächen im Haus und die Nutzung der Hofflächen entscheiden können. Die Beteiligung hilft so nicht nur Fehlplanungen zu vermeiden, sondern bewirkt auch ein Verantwortungsgefühl der Beteiligten für das, was sie mitgeplant haben.

Beispiel Hamburg

In dem Neubaugebiet Hamburg-Stellshoop hat eine Mietergemeinschaft zusammen mit dem Architekten 35 verschiedene Wohnungen in 6 Wohntagen geplant. Ursprünglich waren 75 herkömmliche Sozialwohnungen vorgesehen. Die Mieter machten daraus 17 Gemeinschaftswohnungen und 18 Normalwohnungen. Anstelle von 75 Küchen wurden durch gemeinschaftliche Benutzung nur 39 Küchen benötigt. Die eingesparte Fläche wurde für Gemeinschaftsräume und Kindergärten verwendet.

Was aus Stollwerck alles gemacht werden kann

Um eine Vorstellung davon zu vermitteln, was man mit dem Stollwerckgebäude alles machen kann, hat die Architektengruppe ein Plakat angefertigt, das in der Südstadt geklebt wird. Es ist als Anregung zur Diskussion gedacht und nicht etwa als fertiger Entwurf. Einmal soll darauf hingewiesen werden, daß es sich beim Stollwerck-Komplex um wertvolle Bausubstanz handelt, die man nicht einfach verschleudern darf. Zum anderen soll gezeigt werden, daß die gesamte Anlage von den Stand-



Köln VolksBlatt
 5 Köln 1
 Hohenzollernring 97
 Telefon 52 97 94

Eine Zeitung in Köln, die über Bürgerinitiativen, Stadtteilgruppen, Mieterräte, Kinderläden, Frauengruppen, Jugendzentren, Gastarbeitervertretungen, Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen, Jugend- und Schülergruppen und viele mehr berichtet und über ihre Interessen informiert. Ich abonniere Volksblatt für 12 DM jährlich (12 Ausgaben im Jahr).



Wenn es nach dem Willen der Bürger geht, wird's bald sehr lebendig zwischen Bottmühle und Stollwerck zugehen

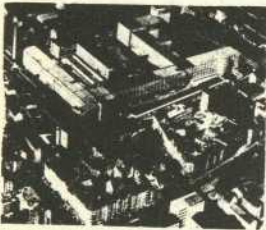
orten, Abständen, der Konstruktion und den Geschöbheiten der Gebäude für eine Wohnnutzung geeignet ist.

So könnten in den Obergeschosses Wohnungen für große und kleine Familien, für junge und alte Leute, mit großen Balkons und Loggien entstehen. Ein Teil dieser Wohnungen könnte von denen benutzt werden, die vorübergehend ihre alte Wohnung wegen Modernisierungsmaßnahmen verlassen müssen. Auf den Dächern wären "Reihen-Einfamilienhäuser" mit Terrassen sowie Sonnendecks, Erholungsräume und Dachgärten für alle Bewohner und Besucher denkbar. (3,4)

Das Erdgeschoß könnte für Läden, Praxen, Büros, Kneipen und anderes Kleingewerbe genutzt werden. Hier könnten auch die Gemeinschaftsräume, Kinderspielflächen, Werkräume, Alten-Clubräume und Versammlungsräume für die Hausbewohner eingerichtet werden (6,7) Die Hallen könnten für Bürger- und Jugendzentrum, Stadtkantine, Sporträume und Ateliers, Schule und Kindergarten ausgebaut werden (9). Auch für nicht störendes Gewerbe wie z.B. Druckereien, gäbe es hier ideale Flächen. (10) Die Höfe könnten zu großen und kleinen Plätzen, verkehrsfreien Einkaufs-, Wohn- und Spielstraßen mit vielen Bäumen, Bänken und Brunnen umgestaltet werden (11). Dies sind nur einige der vielen Möglichkeiten.

Interessengemeinschaft bilden

Was endgültig aus Stollwerck gemacht wird, muß von den Be-



Stoll-Werk vorher und nachher



wohnern selbst bestimmt werden. Damit das aber möglich wird, muß man sich zusammenschließen: Die Bewohner des Severinsviertels sowie alle, die daran interessiert sind, daß der Stollwerck-Komplex für jedermann erschwinglich genutzt wird. Vor allem aber die, die sich am Ausbau beteiligen wollen, um dort zu wohnen oder zu arbeiten.

Erfolg, wenn überhaupt, kann

eine solche Initiative nur haben, wenn sie sich auf eine breite Basis stützen kann. Ende Oktober ist deshalb eine erste öffentliche Versammlung im Viertel geplant. Wer mehr wissen möchte, füllt die beiliegende Postkarte aus oder ruft einfach an:

Bürgerinitiative Südliche Altstadt, 2 Köln 1
Ubierring 61 a
Tel. 31 69 25 / 32 10 57

Idealer Partner gesucht

Wie die Stadt und die Firma Ingesta ihre Interessen vereinigen

Die Kölner mögen das Severinsviertel, seine Bewohner hängen dran. "Hier sind die Leute offen und kontaktfreudig. Hier bist Du nie allein. Du bist Mitglied in einer großen Familie", sagt ein Alteingesessener. Das soll bald anders werden: Wie Köln überhaupt, soll auch das Severinsviertel nicht dafür dasein, daß man sich kennt, sich wohl fühlt einander hilft, miteinander arbeitet. Es soll Teil einer Stadt sein, die in erster Linie Geld bringt. Hier soll es nicht menschlich, sondern rentabel zugehen. Das sind die Pläne einer Minderheit, die recht viel Macht und Einfluß hat - solange die Kölner das zulassen.

Was die Stadt sagt

Man freut sich, wenn man hört und liest, was die Stadt sagt: "Die Stadt" gemeint sind ihre Bürgermeister, Ratsherren, Verwaltungsspitzen, - will, daß das Severinsviertel seine historische Eigenart, seinen gewachsenen Charakter behalten soll, daß nichts ohne die Zustimmung der Bürger geschehen wird. Deshalb findet eine Befragung der Bürger statt, um sich nach deren Wünschen zu erkundigen. So bekommt man den Eindruck, daß die Sache der Stadt die Sache ihrer Bürger ist. Aber wie so oft: Zwischen dem, was einer sagt und dem, was einer eigentlich will, klafft nicht selten ein Unterschied.

Was die Stadt will

Die Stadt steckt in einer Finanzmisse. Das wissen wir. Das sagt sie selbst. Also will die Stadt sparen - und neue Geldquellen anzapfen. Beldes ist gleichzeitig möglich. Man läßt im Severinsviertel - so wie es zum Beispiel in Nippes Stück für Stück geschieht - möglichst viel Handel und Gewerbe ansiedeln, zum Beispiel teuren Einzelhandel und Kaufhäuser mit viel Umsatz. Das kostet die Stadt nicht viel, bringt aber Steuern ein. Soll im Viertel viel und teuer verkauft werden (die Stadt nennt das "Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität"), so müssen dort Leute wohnen, die viel und teuer kaufen können.

Die jetzigen Bewohner kommen dafür nur zu einem geringen Teil infrage. Deshalb müssen kaufkräftige Bewohner angelockt werden. Will man die anlocken, muß der "Wohn- und Freizeitwert" gesteigert werden. Um dies zu erreichen, muß viel gebaut werden. Wird viel gebaut, kommt das der städtischen Baugesellschaft GAG und der Kölner Bauindustrie zugute. Über Steuern hat die Stadtkasse Anteil an all solchem Handel und Wandel. Höhere Steuereinnahmen bringen der Stadt mehr finanziellen Spielraum für Prestigevorhaben.

In solchen Plänen und Spekulationen scheinen die Bewohner des Severinsviertels keine entscheidende Rolle zu spielen. Was macht man mit ihnen, wenn ihre Anwesenheit die Pläne stören. Um darüber und über einiges andere Aufschluß zu bekommen, beginnt in diesem Monat die Befragung der Bewohner. Dafür hat die Stadt einen Partner gesucht und gefunden: die Firma

Was die Ingesta sagt

Der Leiter der Ingesta-Befragung im Severinsviertel warnt in einem Aufsatz in der Zeitschrift "Der Städtebau" (Nr 8/75) davor, daß durch Sanierung die Bewohner ihre vertraute räumliche und soziale Umgebung verlieren. Will also die Ingesta erhalten, was der oben zitierte Mann aus dem Severinsviertel so lobt: "Hier bist Du nie allein...".? Aber auch bei der Ingesta ist zwischen dem, was sie sagt, und dem was sie will, ein nicht zu übersiehender Unterschied.

Um genaueres zu erfahren, hat VolksBlatt sich bemüht. Näheres über Ingesta und den Hintergrund der Gesellschaft zu erkunden.

Was die Ingesta will

Dieses Institut wurde 1961 unter dem Namen "Institut Gewerbebetriebe im Städtebau" gegründet. Träger ist ein Verein, dessen Gründungsmitglieder die Dachverbände dieser Betriebe waren. Also zum Beispiel der Deutsche Industrie und Handelstag, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels der Bundesverband des deutschen Groß- und Außenhandels, der Haus und Grundbesitzerverein. 1972 wurde das Institut umgetauft und erhielt den Namen "Ingesta - Institut für Gebietsplanung und Stadtentwicklung." Die Abkürzung ist die gleiche geblieben. - was wichtiger ist, die Interessen auch. Dies zeigt ein Blick in das Kölner Vereinsregister unter der Nr. 6723, wo als Vorstand von Ingesta angegeben sind: ein Herr Kolbenschlag vom deutschen Handwerkskammer, ein Herr Schmitz, Vorstandsmitglied von Karstadt, jemand vom Einzelhandel und vom Industrie und Handelstag - wahrlich eine ehrenwerte Gesellschaft.

Ziel des Vereins ist laut Satzung, "an der Lösung von Problemstellungen der Gebietsplanung und Stadtentwicklung mitzuwirken." Das soll zum Beispiel dadurch geschehen, daß Ingesta "durch Grundlagenforschung für Gebiets- und Stadtentwicklung den rationellen Einsatz privatwirtschaftlicher Investitionen fördert." Auf Deutsch heißt das: Ingesta erstellt mit Steuergeldern Gutachten, z.B. über die Kaufkraft bestimmter Gebiete.

Daran verdienen tun in erster Linie Kaufhäuser und Supermärkte, die kostenlos eine Marktforschung ins Haus kriegen. Beispiel: Der Karstadt-Konzern. Ingesta gutacht-

Mitte November ist es soweit: die ersten Produktionsbereiche der Fa Stollwerck ziehen um nach Porz und die nächsten Arbeiter und Angestellten fliegen auf die Straße. Das war ja der Hauptzweck der Umsiedlung der alten Firma, die fast ein Jahrhundertlang Schokolade im Severinsviertel gekocht hatte: Belegschaft und Produktion werden rationalisiert, um mehr Profite zu machen. Ende September hat der Herr über Stollwerck, Hans Imhoff, dem noch eine Reihe weiterer Betriebe der Südwarenbranche gehören, 50 neue Entlassungen angekündigt. Der Betriebsrat hat zwar nicht zugestimmt, aber was nützt das schon. Die Leute werden mit einem mageren Sozialplan abgefunden (auf den der Betriebsrat Imhoff auch erst nach langem Hin und Her festnageln konnte) und sitzen auf der Straße. Imhoff hat ja Erfahrung mit sowas, was vornehm "Freistellung" genannt wird. So drückte er vom Frühjahr 1972, nachdem er das alte Familienunternehmen in die Hand bekam, bis zum Oktober 1974 von 1808 auf knapp 900; und seitdem nochmal um 20 % auf rund 700. Zugleich wurde die Arbeitsleistung der verbliebenen Arbeiter und Angestellten heraufgeschraubt.

Aber das genügt Imhoff noch nicht. Als das VolksBlatt im letzten November seine damals noch nicht öffentlich bekannten Pläne aufdeckte, behaupteten wir: er geht nur mit wenigen Hundert Leuten nach Porz. Genau so kommt es. Die jetzt anstehenden 50 neuen Entlassungen sind nicht die letzten. Am Ende bleiben nicht mehr als 200 - 400 Arbeitsplätze übrig. Unsere zweite Behauptung damals: wesentliche Produktionsbereiche werden ausgelagert, weil Imhoff anderswo profitabler produzieren lassen kann. So kommt es: die Grundmassenproduktion macht künftige Imhoffs' Berliner Firma Hildebrand und die Schokoladentafelherstellung geht in sein Werk nach Bullay. Imhoff verfolgt damit eine genau abgestimmte Strategie in seinem Südwarenimperium. Nur die Zeche zahlt, wie so oft, der Arbeiter und Angestellte. Denn die Übriggebliebenen müssen jetzt mehr arbeiten und härter. Hauptsache die Kasse stimmt

tete in Walsum. Ergebnis: Ein Karstadt-Bau. Ingesta gutachtete in Rheinhausen. Ergebnis: Ein Karstadt-Bau. Zur Zeit gutachtet Ingesta unter anderem in Godesberg. Und im Severinsviertel. Ungefähr jeder zweite Auftrag befaßt sich mit Untersuchungen solcher Art. Wer wird hier "sanieren"?

Daß ein solches Institut kein Interesse an einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit hat und die Mitbestimmungswünsche der Bevölkerung nicht gerade fördert, kann man behaupten, ohne Profet zu sein.



Auch das Severinsviertel ist im Stadtentwicklungsplan als B-Zentrum vorgesehen - das heißt: es soll vorrangig ein Viertel der Gewerbebetriebe und zum Einkaufen werden. Um den Ausbau "rationell" lenken zu können, muß man über die Kaufkraft im Viertel Bescheid wissen. Dazu erfragt die Ingesta das Einkommen der Bewohner.

Beide sind scharf auf eins ..

Beide wollen Geld machen und machen lassen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Fragen der kommenden Voruntersuchung im Viertel zu sehen: Was stört Sie besonders an der Wohnung? (Frage 24), - Wenn Sie wohnen bleiben möchten, warum? (Frage 27) - Welche Einrichtungen für die Allgemeinheit fehlen im Severinsviertel? (Frage 30) - Wie oft treffen Sie sich mit Freunden? (40). Sie entpuppen sich als pure Augenspieler. Denn die Ziele der Sanierung stehen für die Stadt schon lange fest.

Damit ist die Befragung auch ein untaugliches Mittel, die eigenen Interessen vertreten zu können. Obwohl manch einer der Befragten dies zuerst glauben wird.

Ebenso mißtrauisch sollte man dem Sanierungsbeitrag gegenüberstehen, der vor einigen Wochen gebildet wurde. Nach dem Städtebauförderungsgesetz sollen die Betroffenen durch ein Gehörte erhalten, bei der Vorbereitung und Durchführung der Sanierungsmaßnahmen mitzuwirken. Die Bewohner, aber auch die Betriebe und

die dort Beschäftigten sollen möglichst frühzeitig informiert werden. Dies gilt sowohl während der vorbereitenden Untersuchung, der Erstellung des Sozialplans, als auch der Frage der Neugestaltung.

Nach den Vorstellungen der Kölner Verwaltung soll dieser Beirat nur "beratend mitwirken" können. Dies kann durch Empfehlungen und Anregungen an Rat und Verwaltung sowie durch Anhörung geschehen. Somit bleibt dem Beirat keine Entscheidungsmöglichkeit. Sie ist dem Stadtrat vorbehalten.

Die Bürger können es verhindern

An diesem Punkt wehren sich die Betroffenen. Sie organisieren ihre Interessen. Doch beginnen hier auch die Schwierigkeiten. Wie kann man als Einzeler die Bedürfnisse und Forderungen eines ganzen Viertels kennenlernen? Dazu müssen sich erst mal die Bewohner eines Wohnblocks zusammensetzen und gemeinsam die Mängel in ihren Wohnungen und Häusern zusammentragen. Aus diesen Mängeln müßten dann die Forderungen an die Sanierung hervorgehen. In welche Wohnungen eine Toilette oder ein Bad soll, wo neue Fenster eingebaut werden müssen, welche Wohnungen stärkere elektrische Leitungen brauchen. Aber auch Fragen wie: Ist zu viel Verkehr in der Straße. Sind für Kinder genügend Holz- und Spielplätze vorhanden? Machen in den Innenhöfen die Firmen zu viel Lärm oder Dreck? Kann man aus einem Innenhof einen Spielplatz mit Bäumen und Wiese machen, wenn die Hofmauern und Zäune abgerissen werden?

Die Bewohner eines Blocks, aber auch die Händler und Firmen und deren Arbeiter könnten gemeinsam einen eigenen Sanierungsplan aufstellen wie jetzt einer fürs Stollwerckgelände vorliegt. In den einzelnen Blocks könnten die Bewohner eigene Sanierungsräte bilden. Man könnte so die für die Bewohner notwendigen und erschwinglichen Erneuerungen selbst planen. Die Blockräte könnten sich gegenseitig unterstützen, Pläne absprechen und eines Tages sogar gemeinsam in die Tat umsetzen. Immerhin wären die Blockräte ja im Viertel die große Mehrheit. Eine Mehrheit, die die Zerstörung des Severinsviertels verhindern kann. Das übrige Köln könnte daraus lernen.

Jörn Janssen / Michael Ratz Bodenpolitik und Bodenrechtsreform in der BRD Kritik und demokratische Alternativen

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 9, 48 Seiten, DM 3,-

Eine Untersuchung der herrschenden Bodenpolitik und der rechtlichen Ansätze für die Interessensvertretung der Betroffenen.

Pahl-Rugenstein Verlag
5 Köln 51 · Vorgebirgstr. 115
Telefon (0221) 36 25 01